

## Stellungnahme zum Bonner Koalitionsvertrag

**Das neue Stadtratsbündnis aus Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt hat in relativ kurzer Zeit einen Koalitionsvertrag verabschiedet und damit seine Ziele und Schwerpunkte für die kommenden Jahre beschrieben. Aus Sicht des DGB-Kreisverbandes Bonn/Rhein-Sieg sehen wir viele Überschneidungen mit den Forderungen und Vorstellungen der Bonner Gewerkschaften. Der Koalitionsvertrag geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Wir sehen aber an einigen Stellen noch Nachbesserungsbedarf sowie die Notwendigkeit, formulierte Ziele stärker zu konkretisieren.**

Mit unseren „Kommunalpolitischen Forderungen 2020-2025“ haben wir dringende Handlungsbedarfe für die Parteien aufgezeigt, beispielsweise in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, im Bildungsbereich, bei der Neuordnung der Mobilität oder bei der Wohnraumversorgung. Diese Forderungen sind Grundlage unserer Stellungnahme.

### **Wirtschaft und Arbeit:**

Wir hätten uns sehr gewünscht, dass das Thema Wirtschaft und Arbeit eine größere Bedeutung - auch im Zuschnitt der Ausschüsse – bekommen hätte. Wir sind der Überzeugung, dass Rat und Verwaltung nur gemeinsam mit den arbeitsmarktrelevanten Akteuren den Wirtschaftsstandort stärken können. In unseren kommunalpolitischen Forderungen haben wir dazu die Gründung eines regionalen „Bündnisses Strukturwandel“ vorgeschlagen und erneuern hiermit diese Forderung.

Dass die Koalitionsfraktionen den lokalen Einzelhandel unterstützen und den „Runden Tisch Innenstadt“ fortführen wollen, ist grundsätzlich richtig. Damit die Innenstädte attraktiver werden, braucht es also ein Mehr an Vielfalt und Erlebnis! Das erfordert Konzepte und Akteur/innen, die gemeinsam an der Umsetzung arbeiten. Der innerstädtische Handel muss seine Position durch vielfältige Einkaufsangebote mit mehr Service und Beratung stärken, die sich zudem vom Onlinehandel unterscheiden. Stationär Einkaufen bedeutet anfassen, ausprobieren und direkt einpacken. Das geht nur mit Guter Arbeit. Gleichzeitig muss die Digitalisierung forciert werden. Die Innenstädte können letztendlich nur erfolgreich bestehen, wenn der innerstädtische Handel Offline- und Online-Konzepte zu neuen Geschäftsmodellen entwickelt.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass die Sonntagsruhe im Grundgesetz verankert ist. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist Sonntagsöffnung kein Instrument der Wirtschaftsförderung! Daher erwarten wir von den Mehrheitsfraktionen, geltendes Recht zu respektieren. Sonntagsöffnungen dagegen verschieben lediglich den Umsatz von den Werktagen auf Sonntage bzw. räumlich und lösen die Probleme nicht. Der Einzelhandel und auch die Innenstädte brauchen aber nachhaltige Lösungen für ihre Probleme.

Wir begrüßen, dass die Koalition die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Stadtverwaltung in den Blick nimmt und sich zu guten Arbeitsbedingungen bekennt. So will sie die Stadtverwaltung „personell bedarfsgerecht“ ausstatten und die Wiederbesetzungssperre aufheben. Ebenso will sie Leih- und Zeitarbeit massiv zurückdrängen. Die Richtung stimmt, allerdings hätten wir uns gewünscht, dass die Fraktionen die Befristung von Arbeitsverträgen ohne Sachgrund verbindlich ausschließen. Die Bestrebungen der Fraktionen, bei der städtischen Musikschule die Quote der Festanstellungen zu erhöhen und die Vergütung von Honorarkräften zu verbessern, werden von uns begrüßt. Unser Ziel ist es, dass alle Honorarkräfte eine Festanstellung angeboten bekommen. Ebenso befürworten wir das Pilotprojekt zur Eigenreinigung städtischer Gebäude und Liegenschaften. Die Vergabe solcher Aufgaben an Fremdfirmen ging in der Vergangenheit zu Lasten der Arbeitsbedingungen der Reinigungskräfte und muss dringend korrigiert werden. Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen sollen Unternehmen, die gemeinnützig und tarifgebunden sind, priorisiert werden. Der DGB-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg geht einen Schritt weiter und fordert, dass die Tarifbindung künftig verpflichtend bei der Vergabe städtischer Aufträge sein muss.

### **Bezahlbaren Wohnraum schaffen:**

In unseren kommunalpolitischen Forderungen haben wir den eklatanten Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Bonn beklagt. Schon die klassische Mittelschicht hat Probleme passenden Wohnraum zu akzeptablen Preisen zu finden. Vor diesem Hintergrund werden die wohnungspolitischen Maßnahmen der Koalition sehr begrüßt. Sowohl die Stärkung der VEBOWAG als auch die Neuausrichtung der Bodenpolitik (Vergabe nach Erbpacht, statt Verkauf) stoßen unsererseits auf große Zustimmung. Die Entwicklung eines Konzeptes für Azubi-Wohnheime wird unsererseits ebenso befürwortet. Als Gewerkschaft bringen wir unsere Expertise zu diesem Thema gerne ein. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass die Quote für den öffentlich geförderten Wohnungsbau langfristig auf 15% erhöht werden soll. Bedenkt man, dass rund die Hälfte der Bonner/innen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, muss diese Quote deutlich erhöht werden.

### **Mobilität sichern:**

Verkehrspolitisch sind die Vorschläge zum Fuß-, Fahrrad-, Bus und Bahnverkehr unstrittig und werden von uns unterstützt. Bei den Forderungen zur Autoinfrastruktur erwarten wir von den Koalitionsparteien Augenmaß bei den geplanten Umsetzungen. Alleine 131.000 Berufspendler/innen strömen täglich nach Bonn und etwa 54.000 pendeln täglich aus der Stadt, um ihre Arbeitsplätze zu erreichen. Hinzu kommen Handwerks- und Lieferdienste, die auf individuelle Mobilität angewiesen sind. Ihnen dürfen wegen der geplanten autofreien Innenstadt, dem geplanten Tempo 30 innerorts, der angestrebten Erhöhung der Parkgebühren und der Verringerung von Parkplätzen keine unzumutbaren Nachteile entstehen.

### **Kita und Schule – Gute Bildung sichern:**

Das Ziel der Koalitionsparteien, eine sechste Gesamtschule in Bonn zu bauen, wird vom DGB-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg unterstützt. Allerdings darf dies nicht zu Lasten bestehender Schulen gehen. Notwendig ist ein Schulneubau. Diesen Neubau in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis zu realisieren, kann positiv sein, wenn man sich auf einen Standort einigt. Mögliche Standorte könnten Hardtberg, Brüser Berg, Medinghoven oder Alfter sein. Die Stadt Bonn muss unbedingt das gemeinsame Lernen in Hinblick auf Räumlichkeiten und Ausstattung verbessern. Zudem muss die Digitalisierung an den Schulen konsequent ausgebaut werden. Dazu bedarf es städtischer Administrator/innen, einheitlicher digitaler Konzepte und Vorgaben der Stadt, die den Datenschutz berücksichtigen. Zu guter Letzt müssen die Kitas personell stärker unterstützt werden, damit sie ihren Bildungsauftrag in der frühkindlichen Bildung angemessen umsetzen und ausbauen können. Ohne mehr qualifiziertem Personal bleibt das „Gute-Kita-Gesetz“ nur Makulatur und es besteht die Gefahr, dass viele Kinder tageweise zu Hause bleiben müssen.

## **Klima schützen:**

Hinsichtlich des Ziels, Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen, warnen wir davor, falsche Erwartungen zu wecken. Das Erreichen dieses Zieles hängt von vielen Faktoren – auch auf Landes- und Bundesebene – ab.

## **Finanzierung bleibt eine Herausforderung**

Abschließend möchten wir betonen, dass wir im Koalitionsvertrag viele Schnittmengen mit unseren Forderungen wiederfinden. Für die Umsetzung braucht es ein Finanzierungs- und Haushaltskonzept, mit dem die angekündigten Maßnahmen realisiert werden können. Hierzu haben wir als DGB-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg mit unserer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf einige Vorschläge gemacht, die wir hier nochmals vorstellen wollen.

Aus unserer Sicht ist entscheidend, dass

- das Land NRW eine Gemeindefinanzreform initiiert, um die Kommunen besser auszustatten;
- die Gewerbesteuer durch das Land zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt wird;
- der Bund zur Bewältigung der Pandemiekosten einen sozialen Lastenausgleich nach Vorbild des Lastenausgleichsgesetzes der Adenauer-Regierung einführt.

Diese Forderungen lassen sich nur umsetzen, wenn die gewählten Kommunalpolitiker/innen deutlich stärker die kommunale Unterfinanzierung in ihren Parteien thematisieren und entsprechende Anträge an ihre jeweiligen Parteitagsgremien auf Landes- und Bundesebene stellen.

Ohne Umsetzung dieser grundsätzlichen Maßnahmen befürchten wir zunehmende Verteilungskämpfe und einen flächendeckenden Sozialabbau, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben wird.

Bonn, den 23. Februar 2021



Bernd Weede  
Vorsitzender des DGB Bonn/Rhein-Sieg



Christophe Hassenforder  
Stellvertretender Vorsitzender



Rainer Bohnet  
Stellvertretender Vorsitzender

Kontakt:

DGB-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg, Endenicher Str. 127, 53115 Bonn, <https://koeln-bonn.dgb.de/>